

Statement

von

Uwe Klemens

Ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek)

anlässlich

der vdek-Neujahrs-Pressekonferenz

Herausforderungen der Gesundheitspolitik 2024

am 24. Januar 2024

im Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz,
Schiffbauerdamm 40/Ecke Reinhardtstraße 55,
10117 Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Meine Damen und Herren,

bis heute fehlen für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nachhaltige Reformen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Das Jahr 2024 hat deshalb für zahlreiche Mitglieder mit einer Beitragssatzerhöhung ihrer Krankenkasse begonnen. 45 Krankenkassen, darunter auch mitgliederstarke Kassen, haben ihren Zusatzbeitragssatz zum 1. Januar 2024 teilweise erheblich anheben müssen. Es gab Erhöhungen um bis zu 0,8 Prozentpunkte. Ebenfalls 45 Kassen haben ihn unverändert gelassen und vier haben ihn gesenkt. Von den sechs Ersatzkassen haben vier ihren Beitragssatz stabil halten können, zwei mussten ihn erhöhen. Die Spanne der Zusatzbeitragssätze reicht bei den insgesamt 94 Krankenkassen nun von 0,7 bis 2,7 Prozent.

Diejenigen Krankenkassen, die ihren Zusatzbeitragsbeitragssatz stabil halten konnten, können das nur, weil sie noch über Rücklagen verfügen. Es zeigt sich aber auch, dass viele Krankenkassen einen höheren Anstieg ihrer Ausgaben haben, als die vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) empfohlene Erhöhung von 0,1 Prozentpunkten abdeckt.

Als Ersatzkassen setzen wir alles daran, unseren rund 29 Millionen Versicherten eine moderne und qualitativ hochwertige Versorgung zu tragbaren Beitragssätzen anzubieten. Wir sind und wollen für die Versicherten attraktiv sein. Die steigenden Versichertenzahlen der Ersatzkassengemeinschaft bestärken uns darin. Doch dies wird immer schwieriger, denn perspektivisch dreht sich die Beitragsspirale weiter nach oben. Die wesentlichen Gründe dafür sind teure Gesetzgebungspläne, konkret höhere Vergütungen für Krankenhaus- und ambulante Leistungen. Nach Prognose des GKV-Schätzerkreises werden die Ausgaben 2024 über alle Leistungsbereiche hinweg mit voraussichtlich 5,8 Prozent deutlich stärker steigen als die Einnahmen mit rund 2,1 Prozent. Es gilt die Faustformel: 1 Prozent mehr bei der Ausgabenentwicklung bedeutet 3,1 Milliarden Euro mehr Defizit. Insgesamt stehen den Einnahmen von geschätzt 283 Milliarden Euro Ausgaben in Höhe von 314 Milliarden Euro gegenüber. Das ist eine Ausgabensteigerung von 17 Milliarden Euro von 2023 auf 2024!

Noch eine Anmerkung zu 2023: Dieses war maßgeblich durch den gesetzlich verordneten Rücklagenabbau geprägt. Die Krankenkassen haben ihre Rücklagen damit bisher um insgesamt 10,5 Milliarden Euro reduzieren

müssen. Das ist Geld, welches die Mitglieder und Arbeitgeber zuvor als Beiträge eingezahlt haben. Folglich haben die Beitragszahlenden den Löwenanteil zum Ausgleich des Defizits beigetragen. Dies bleibt von der Politik leider fast immer unerwähnt.

Es ist klar: Die Reserven der GKV sind fast aufgebraucht.

Vor zwei Wochen sind Empfehlungen des Gesundheitsministeriums für eine stabile, verlässliche und solidarische Finanzierung der GKV bekannt geworden. Diese sogenannten Finanzempfehlungen des BMG bieten keine zukunfts feste Finanzierung. Zwar erkennt das Papier Reformbedarf auf der Einnahmen- wie der Ausgabenseite an. Die Vorschläge sind jedoch nicht zielführend, es fehlt an konkreten Maßnahmen und einem Zeitplan. Stattdessen sollen die Krankenkassen – sprich die Beitragszahlenden – steigende Gesundheitsausgaben finanzieren.

Auf der Einnahmenseite werden wieder nur leere Versprechungen gemacht. Vor allem die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, den Steuerzuschuss für die GKV zu dynamisieren und den Bund zu verpflichten, in eine kostendeckende Finanzierung der Beiträge für Bürgergeldempfängerinnen und –empfänger einzusteigen – rund 10 Milliarden Euro pro Jahr –, scheinen ein reiner Papiertiger zu sein. Das macht der Verweis auf die angespannte Haushaltslage im Finanzpapier deutlich. Dort wird sogar ausgeführt, dass der Bundeszuschuss in Relation zur Ausgabenentwicklung einen Wertverlust von 4 Milliarden Euro zu verzeichnen habe.

Der Ausgleich an die Mitglieder der GKV für gesamtgesellschaftliche Aufgaben ist also real sogar gesunken. Auf der Ausgabenseite wird von Strukturreformen gesprochen, deren Finanzwirkungen offen sind. Eine Provokation ist, dass die Leistungen der Mitglieder zur Konsolidierung der GKV in dem Papier übergangen werden. Dort liest man zwar von den Beiträgen der Leistungserbringerinnen und –erbringer. Aber dass das Abschmelzen von Rücklagen und Anheben von Zusatzbeiträgen direkt aus den Taschen der Beitragszahlenden kommt, scheint man auszublenden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden in 2024 über 300 Milliarden Euro für die Versorgung ausgeben. Das sind etwa 4.200 Euro pro Versicherten. Nach unserer aktuellen vdek-Schätzung steigen in 2024 die Ausgaben allein im Bereich Krankenhaus auf 99 Milliarden Euro, im Bereich ambulante ärztliche Versorgung auf 50 Milliarden Euro und im Bereich Arzneimittel auf 53 Milliarden Euro. Dafür erwarten wir eine gute Versorgung und effiziente Versorgungsstrukturen für unsere Versicherten. Die sich ständig nach oben drehende Beitragssatzspirale muss ein Ende haben, ebenso wie die ständige Subventionierung des Bundeshaushaltes durch die Beitragszahlenden. Eine prioritäre Aufgabe für 2024 sind Reformen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite!

Auch für die **soziale Pflegeversicherung** (SPV) hat die Ampelregierung im Koalitionsvertrag mehr versprochen, als sie bislang halten konnte. Positiv für die Pflegebedürftigen in stationären Pflegeeinrichtungen ist, dass bei den Eigenanteilen die Zuschüsse der SPV zum 1. Januar 2024 nochmals erhöht wurden, was die Pflegebedürftigen temporär entlastet. Trotzdem steigen die Eigenanteile aufgrund der rasanten Preis- und Lohnentwicklung Jahr für Jahr weiter an. Voraussichtlich werden wir in der SPV mit einem Überschuss von etwa 2 Milliarden Euro im Jahr 2023 abschließen. Von einer mittel- oder langfristigen Stabilität kann aber keine Rede sein. Denn die in 2023 beschlossenen Leistungsverbesserungen werden weiterhin Geld kosten, und die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt weiter. Zudem müssen wir auch die ambulante Pflege stärker in den Blick nehmen. 2022 waren fast 4,9 Millionen Menschen in der SPV pflegebedürftig. 2030 wird mit bis zu 5,8 Millionen zu rechnen sein.

Die Koalition hat den gesetzlichen Auftrag, bis zum 31. Mai 2024 Empfehlungen für eine langfristige Finanzierung vorzulegen. Wir nehmen die Koalition beim Wort und haben klare Erwartungen.

Zum einen ist die Pflege auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Immer nur weiter die Beitragszahlenden mit steigenden Pflegekosten zu belasten, kann daher nicht die Lösung sein. Die Koalitionspartner hatten in Aussicht gestellt, die 3,7 Milliarden Euro für die Rentenbeiträge der pflegenden Angehörigen aus Bundesmitteln zu finanzieren. Nichts ist passiert. 5,5 Milliarden Euro schuldet der Staat noch der Pflegeversicherung, weil diese die

Corona-Schutzschirme vorfinanziert hatte. Bis heute warten wir vergeblich auf eine Rückerstattung aus Steuergeldern. Um die Pflegeversicherung langfristig zu stabilisieren, brauchen wir einen dauerhaften und verbindlichen Steuerzuschuss. Zum anderen sehen wir die private Pflegeversicherung nach wie vor in der Pflicht, sich an einem Finanzausgleich mit der SPV zu beteiligen. Dies könnte zu einer Entlastung von bis zu zwei Milliarden Euro jährlich führen.

Mit Blick auf die hohen Eigenanteile der Pflegebedürftigen in der stationären Pflege sollten endlich die Länder ihrer Verantwortung für die Finanzierung der Investitionsanteile in der stationären Altenpflege in Höhe von aktuell 485 Euro je Monat nachkommen. Viel Zeit bleibt der Koalition nicht mehr, für eine stabile Finanzierung zu sorgen. Aber es wäre ein wichtiges Signal für die Pflegebedürftigen und deren Angehörige wie auch die Beitragszahlenden – gerade in herannahenden Wahlkampfzeiten.

Zuletzt möchte ich auf ein weiteres gesellschaftlich bedeutsames Thema hinweisen, nämlich **die Auswirkungen der Klimakrise auf die Gesundheit**.

Als größte Kassenart sind wir Ersatzkassen ein wichtiger Player, der sich mit den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels auseinandersetzt. Hitze, Extremwittersituationen, UV-Strahlung und Luftschadstoffe sind Herausforderungen, auf die wir uns einstellen müssen. Um hier voranzukommen, suchen wir nach guten Ideen. Wir als Soziale Selbstverwaltung haben beispielsweise im letzten Jahr einen Zukunftspreis „Klimawandel und Gesundheit“ vergeben, um wegweisende Projekte zu fördern. In unserem Verwaltungshandeln als Krankenkassen und als Verband arbeiten wir täglich daran, unsere Klimabilanz zu verbessern.

Der vdek und die Ersatzkassen wollen ab 2030 klimaneutral arbeiten. Dazu haben wir uns 2022 in einer Resolution verpflichtet. Wir setzen uns auch dafür ein, Gesundheitseinrichtungen darin zu unterstützen. Dazu haben wir zum Beispiel bei der Vergabe und Durchführung unserer Präventionsprojekte in den Kommunen, in Behinderten- oder Pflegeeinrichtungen, die unter der Dachmarke „Gesunde Lebenswelten“ bekannt sind, fest etabliert, dass die Antragssteller von Anfang an nachweisen müssen, welchen konkreten Beitrag das jeweilige Projekt zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz liefert.

Ich möchte aber noch auf einen wichtigen politischen Aspekt hinweisen. Materielle und personelle Ressourcen effizient zu nutzen, gebietet seit jeher das im Sozialgesetzbuch verankerte Wirtschaftlichkeitsgebot in der GKV. Nun bekommt dieses so wichtige Prinzip eine ganz neue Bedeutung. Denn Fehl- und Überversorgung im Gesundheitssystem führen auch zu unnötiger Ressourcenverschwendung und sind somit im Sinne des Klimas nicht nachhaltig. Das Prinzip der Nachhaltigkeit sollte daher bei allen Reformen, gerade auch der Krankenhausreform, stärker berücksichtigt werden. Bedenklich ist, dass das deutsche Gesundheitssystem sich bis heute durch einen enorm hohen Ressourcenverbrauch auszeichnet und entgegen dem Trend der Gesamtemissionen in Deutschland der Fußabdruck des Gesundheitswesens in den letzten Jahren nicht gesunken, sondern tendenziell leicht gestiegen ist. Alle wichtigen Player sind gefordert, unser Gesundheitssystem in absehbarer Zeit klimaneutral zu gestalten. Ich denke da allen voran an die Länder, die für nachhaltige Investitionen in Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen zuständig sind, dem aber bis heute nicht hinlänglich nachkommen.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, der Druck ist groß. Die Politik muss bei den angesprochenen Punkten schnell ins Handeln kommen. Wir als vdek haben zu allen genannten Punkten konkrete Vorschläge gemacht und stehen für den weiteren Austausch gerne zur Verfügung. Das gemeinsame Ziel aller Beteiligten muss es sein, eine moderne und qualitativ hochwertige Versorgung auch in Zukunft zu tragbaren Beitragssätzen sicherzustellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.